

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 3

Artikel: Aus der Geschichte gelernt?
Autor: Tickle, Ian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ian Tickle's Tour d'horizon zur europäischen Lage

Aus der Geschichte gelernt?

Am postkommunistischen Ende dieses Jahrhunderts gibt es in Europa mehr als nur einen Hauch der dreissiger Jahre. Jene, die die heutige Zeit verstehen wollen, könnten beileibe Unpassenderes tun, als die Geschichtsbücher über die Probleme der Zwischenkriegszeit in Europa zu konsultieren.

Bis vor kurzem waren die dreissiger Jahre durch den Geist von München symbolisiert — jene Politik der Beschwichtigung gegenüber Forderungen der Diktatur, die schliesslich zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges führte. Und auch der Versuch des kommunistischen Blocks, über Europa zu dominieren, wurde oft in diesen Zusammenhang gebracht.

Klare Nachkriegsordnung

Man hatte das Gefühl, dass niemand mehr die Sowjets daran hindern könnte, ganz Europa zu besetzen, sollte ihnen auch nur ein Schritt über den im Nachgang zum Krieg errichteten Eisernen Vorhang hinaus gestattet werden. Es gehörte zum Allgemeinwissen — und das war ohne Zweifel auch zutreffend —, dass nur die Etablierung des Nordatlantiktropes die Rote Armee daran hinderte, in den frühen fünfziger Jahren die Ufer des Atlantiks zu erreichen. Und das war zweifellos die Absicht Stalins.

Die Nachkriegsdemokratien hatten wahrhaftig die Lektion der Beschwichtigungen gelernt. Sie waren entschlossen, dass so etwas nicht noch einmal geschehen würde. Und für ein halbes Jahrhundert sicherte die NATO den Frieden in Europa. Es war die richtige Politik — und die Tatsache, dass sie so lange durchgehalten wurde, ermöglichte es der westlichen Hälfte des Kontinents auch, sich vom Krieg zu erholen. Unter ihrem Schild konnte die Europäische Gemeinschaft etwas ganz Neues in der europäischen Geschichte angehen: den ernsthaften Versuch, die politische und wirtschaftliche Integration zu verwirklichen.

Und dann kam der Wendepunkt. Plötzlich endete 1989 die Nachkriegsordnung in Europa. Die besetzten Länder Mittel- und Osteuropas wurden befreit. Die Berliner Mauer stürzte ein, und

Deutschland wurde vereinigt. In diesem Gefolge verschwand die Sowjetunion, und deren konstituierende Republiken wurden unabhängig.

Zurück zur Vorkriegsordnung

Sozusagen über Nacht galt wieder die Geographie der dreissiger Jahre. Der einzige wesentliche Unterschied war die Sowjetunion selbst; sie hatte in den dreissiger Jahren bestanden, und die Probleme des Kaukasus und Zentralasiens sowie das Aufkommen des fundamentalistischen Islam sind neu. Auch Weissrussland und die Ukraine sind neue europäische Staaten, und letztere ist — mindestens im Augenblick — eine potentiell gefährliche Nuklearmacht trotz der Vereinbarung Clintons in Kiew. Aber im übrigen Europa entwickelten sich die Dinge zurück zu dem, was sie vor der massiven Aggression Hitlers und Stalins waren. In einigen Fällen nur verlaufen natürlich die Grenzen etwas anders, vor allem hat sich Polen weiter nach Westen verschoben.

Das deutsche Problem, wie es sich in den ersten vierzig Jahren des Jahrhunderts darstellte, existiert heute wieder. Und das ist in erster Linie ein geographisches Problem. Das heutige Deutschland umfasst beinahe das ganze Territorium der dreissiger Jahre — ausser dass es Teile seiner östlichen Regionen und das frühere Ostpreussen mit der grossen Hansestadt Königsberg verlor. Es ist immer noch eine Grossmacht, die unerschütterlich mitten zwischen dem Westen und dem Osten des Kontinents liegt. Obwohl die gegenwärtige Regierung ausgezeichnete demokratische Zeugnisse hat, ist ihre geographische Präsenz überwältigend — und überwältigt tatsächlich auch die kleineren Länder Europas.

Europäische Union wichtiger denn je

Unter diesen Umständen wird die Europäische Gemeinschaft, heute die Europäische Union, immer wichtiger. Es geht nicht mehr länger um die Frage, die demokratischen Staaten Europas in einer integrierten Gruppe zusammenzubringen, die diesen Ländern Prosperität und Frieden sichert. Es geht inzwischen dar-

Die Nachkriegsdemokratien hatten die Lektion der Beschwichtigungen gelernt.

Und plötzlich endete die Nachkriegsordnung in Europa.

Unter diesen Umständen wird die europäische Integration immer wichtiger: Es geht heute auch um die Einbindung Deutschlands in Europa.

um, Deutschland in ein vereinigt Europa einzubinden, das Länder sowohl im Westen wie im Osten des Kontinents umfasst, und dies auf eine Weise, dass es nie wieder Eroberungsgelüsten nachgeht.

Bei dieser Art europäischer Integration stehen die Persönlichkeiten Adenauers und de Gaulles über allen anderen Staatsmännern der Nachkriegszeit. Jeder auf seine Weise waren sie Männer, denen klar war, dass seit der Niederlage Napoleons bei Waterloo im Grunde die historische Rivalität zwischen Frankreich und Deutschland ganz Europa immer wieder in den Krieg führte. Sie waren der Überzeugung, dass Europa von dieser schweren Hypothek entlastet werden müsste, und sie waren damit auch erfolgreich.

Als die Berliner Mauer stürzte, als Ostdeutschland aufhörte zu existieren und sich seinem westlichen Bruder anschloss, da wurde Deutschland zu einem Teil des westlichen Europas, das nun bis in den Osten des Kontinents hinübertragt. Das war die Leistung von Adenauer und de Gaulle. Und das ist eine gewaltige Änderung gegenüber den dreissiger Jahren, als Deutschland sich ebensogut nach Westen wie nach Osten hätte ausrichten können.

Der Hauptzweck der Europäischen Union liegt für die gegenwärtige Generation darin, diese Konstellation zu wahren. Die Probleme, die sich im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht in den Jahren 1992/93 ergaben, nahmen an Schärfe noch zu, weil die Europäische Union genau zu dem Zeitpunkt, als sie bezüglich des geopolitischen Bereichs wirkungsvoller war denn je, auch mit einer wachsenden Opposition seitens der Wähler konfrontiert wurde.

Zerfall von Vielvölkerstaaten

Vor fünf Jahren, als die Wende im Osten begann, gab es eine ganze Reihe von unglaublichen Glücksmomenten. Die Freiheit kehrte zurück an Orte, wo

Fortsetzung Seite 4



das Licht mehr als ein halbes Jahrhundert zuvor erloschen war. Die meisten Zeitgenossen hatten vergessen, dass die Tschechoslowakei zwischen den beiden Weltkriegen eine leuchtende Demokratie war mit einem Lebensstandard, der mit dem des Westens vergleichbar war, dass Albanien ein Leuchtfeuer war auf der umnachteten Balkan-Szene, dass Polen damals freier war als alles, was man seither dort gesehen hatte. Diese Staaten haben jetzt ihre Freiheit zurückgewonnen, und ihr Horizont wurde erhellt.

Während einer erlaubten Phase der Euphorie waren die Probleme vergessen. Allerdings nicht für lange. Die an den Sowjetblock gefesselten Staaten brachen in einem Prozess der Fragmentierung von diesem weg, und – Schrecken über Schrecken – der Prozess erschien unaufhaltsam. Zuerst fiel Jugoslawien auseinander, obwohl es lange, bevor es kommunistisch wurde, bereits einen Staat bildete. Die beiden Teile der Tschechoslowakei beschlossen, getrennte Wege zu gehen. Trotz der Tatsache, dass die beiden Deutschland jetzt vereint waren, wuchs eine Disharmonie zwischen den Bewohnern des früheren Westdeutschland und den «neuen Ländern» im Osten. Niemand hätte das für möglich gehalten an jenem Tag, als der Fall der Berliner Mauer gefeiert wurde.

Auftauchen totgeglaubter Gespenster

In den dreissiger Jahren war der Kontinent überschattet von der deutschen Frage. Aber in gewissem Sinne war die deutsche Frage auch eine russische. Mit der Übernahme des Steuerruders durch Hitler im Deutschland von 1933 wurden die Länder Osteuropas eingeklemmt zwischen zwei aggressiven totalitären Systemen.

Die Geschichte zeigt, dass deren Tage gezählt waren, und die damaligen Zeitgenossen hatten dies in ihrer Scharfsicht auch erwartet. Während all der Jahre der Macht roch der Kommunismus nach dem Gespenst des Faschismus – aber der eigentliche Faschismus in seinem Hitlerschen Gewand fehlte auf der Szene. Jetzt, in den letzten Tagen des Jahres 1993, hat es Europa in Gestalt des russischen Demagogen Vladimir Schirinowskij wieder angesprochen, der ein Getöse von sich gibt, wie man es während Jahrzehnten nicht mehr hörte, das aber in einigen Fällen praktisch identisch ist mit jenem eines Adolf Hitler.

Es ist verständlich, wenn auch vielleicht bedauerlich, dass dieser befremdlichen Version des russischen Bären ein Besuch in Deutschland verweigert wurde. Dessen wilde, paranoide und offenkun-

dig verrückte Äusserungen hätten auf einer wirklichen Weltbühne stattgefunden, wenn sie in den Grossstädten Deutschlands gemacht worden wären. Er wäre erkannt worden als die blasse Kopie seines schlimmen Vorgängers. Die deutsche Regierung konnte das nicht schlucken, und so wurde ihm das Einreisevisum verweigert. Aber es ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, bis er die Möglichkeit hat, seine Gedanken in anderen Staaten Europas her auszuschreiben. Es ist schwer vorzustellen, dass Länder mit liberaleren Traditionen ihm die Einreise verweigern würden.

Alte Probleme müssen nun gelöst werden

Was Schirinowskij in Wahrheit tut, ist die gewaltsame Mahnung an uns, die Probleme der dreissiger Jahre, die mitten unter uns wieder aufgekommen sind, diesmal zu lösen. Gleich den sowjetischen Machthabern in den Zwischenkriegsjahren, sendet er ein Doppelsignal an Deutschland: Einerseits droht er damit, das russische Bestreben, Deutschland von der Landkarte zu streichen, zu verwirklichen, sobald er an die Macht gelangt ist; andererseits sagt er, die beiden Länder könnten eine grosse Zukunft haben, wenn sie zusammenarbeiteten.

Es gab eine ganze Anzahl dramatischer Augenblicke in den Zwischenkriegsjahren, als Deutschland plötzlich und unerwartet dem Westen den Rücken kehrte und sich mit Russland verbündete: zuerst bei Rapallo kurz nach dem Ersten Weltkrieg und dann beim infamen Molotow-Ribbentrop-Pakt 1939, der zur Zerstörung Polens und der Baltischen Staaten und innert einiger Tage zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte. Beide Daten waren Fixpunkte der Zeit.

Ein grosser Unterschied besteht allerdings: Schirinowskij ist – im Moment jedenfalls – nur ein lauter, wenn auch unangenehmer Niemand, und Deutschland ist eine etablierte Demokratie. Das heisst aber nicht, dass das Grundproblem anders liegt, es heisst nur, dass es diesmal nicht so dringlich ist wie in den dreissiger Jahren mit dem permanenten Gefühl wegrinnender Zeit. Aber es ist doch so – und das trifft auf allen Ebenen menschlicher Existenz zu –, dass, wenn etwas nicht dringlich ist, die grosse Versuchung besteht, die Dinge nicht zu erledigen. Und tatsächlich sind seit 1989 fünf Jahre verstrichen, ohne dass etwas getan wurde.

Schirinowskij macht seine Arbeit bereits heute gut, indem er das Denken der Öffentlichkeit und der Politiker auf genau diese Fragen lenkt. Aber Unruhe gab es schon, bevor er kam. Vor allem in Polen.

Damals konnte noch kaum jemand die Tragweite der Geschehnisse richtig einschätzen (Foto: Keystone).

In gewissem Sinne war die deutsche Frage auch eine russische.

In den Zwischenkriegsjahren gab es eine ganze Anzahl dramatischer Augenblicke, als Deutschland plötzlich und unerwartet dem Westen den Rücken kehrte und sich mit Russland verbündete.

Das ist ein Land, das guten Grund hat, extrem eifersüchtig über seine Unabhängigkeit zu wachen. Dort konzentrieren sich die schlimmsten Probleme der dreissiger Jahre; und 1939, wie bei anderen Gelegenheiten seiner langen Geschichte auch, war es dessen Schicksal, von der Landkarte zu verschwinden — wenn auch nur vorübergehend. Südwest-Polen, früher die deutsche Provinz Schlesien, war in den vergangenen Jahren permanent im Visier deutscher Neonazis, die Schlesien zurückhaben wollen. Kürzlich haben auch einige Deutsche, die in Schlesien verblieben sind, diese Haltung eingenommen in einer Frage, die für die meisten Europäer zwar nur ein lokales Phänomen ist, für die Polen aber eine Frage von Leben und Tod.

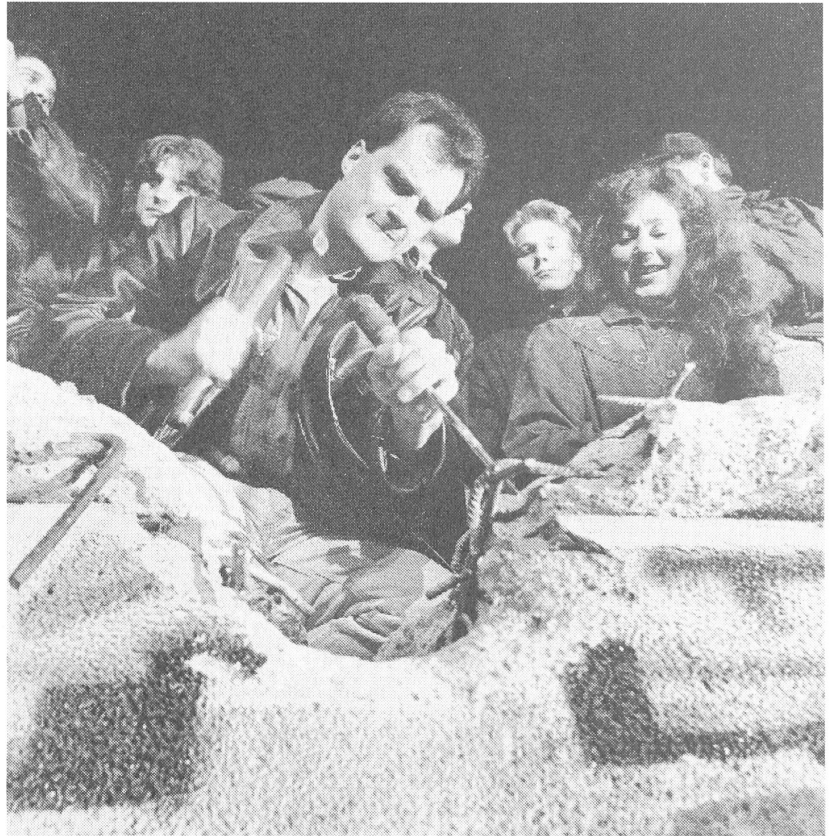
NATO als Angel- und Drehpunkt

Für die östlichen Staaten wäre die beste Antwort auf ihre Probleme natürlich die Mitgliedschaft in der NATO. Das ist jene die Demokratien Europas und Nordamerikas umfassende Verteidigungsorganisation, die die Kommunisten daran gehindert hatte, den Vormarsch Richtung Westen in den Jahren nach 1949 fortzusetzen. Sie ist noch immer ein wirkungsvolles Instrument westlicher Politik, und die Verpflichtung zur Verteidigung ihrer Mitgliedstaaten ist heute so bindend wie damals. Das bedeutet, dass Westeuropa wirkungsvoll geschützt ist, was immer auch im Osten des Kontinents geschieht.

Bezüglich der schlimmen Ereignisse in Ex-Jugoslawien gab es zuhauf Forderungen gegenüber der Allianz nach «ausserterritorialen» Operationen — aber sie haben zu keinen konkreten Aktionen geführt. Das erste exkommunistische Land, das um Aufnahme gebeten hatte, war Albanien, das mit gutem Grund fürchtet, bei einem Flächenbrand auf der Balkan-Halbinsel mit in den Bosnien-Konflikt hineingezogen zu werden. Das wurde verweigert, und die neue demokratische Regierung Albanien musste sich mit der vertraulichen Zusicherung einiger westlicher Staaten begnügen, wonach «sie nicht untätig bleiben würden», wenn ein nichtaggressives Albanien von serbischer Seite angegriffen würde. «Nichtaggressiv» in diesem Zusammenhang hiess, dass Albanien sich jeglicher Einmischung enthalten sollte, um den Kosovo-Albanern zu helfen.

Doch in dem Masse, wie die Lärmereien aus dem Osten lauter wurden, wurde auch das Streben strategisch wichtiger Länder zwischen Deutschland und Russland — vor allem Polens, Ungarns, Tschechiens, der Slowakei und erst kürzlich auch Litauens — nach Aufnahme in die NATO stärker. Diese Vorstellung

Die Unfreiheit hatte endlich ein Ende (Foto: Keystone).



Die Zusicherung an Albanien war sozusagen die Grundlage für die jetzt von der NATO vorgeschlagene «Partnerschaft für den Frieden».

wurde allerdings umgehend wieder zu nichte gemacht durch die Erkenntnis, dass Russland — und zwar aus dem Munde Präsident Boris Jelzins, nicht Schirinowskijs, — dies als unfreundlichen Akt betrachten würde. Gegenwärtig neigen die USA und Grossbritannien dazu, den Russen entgegenzukommen, obwohl die Haltung Frankreichs und Deutschlands hier etwas unklarer ist. Das neue Konzept «Partnerschaft für den Frieden», das sich bis zu einem gewissen Grad auf die inoffizielle Garantie gegenüber Albanien stützt, wurde beim Besuch Clintons in Brüssel ausgearbeitet und teilweise konkretisiert. Es bedeutet wenig bis nichts und wurde durch den polnischen Aussenminister auch entsprechend charakterisiert: «ein Summitabschalten-Projekt».

Aus historischer Sicht sind wir vielleicht versucht zu sagen, die NATO habe sich als das erwiesen, was sie ist, und sie sollte so bleiben, wie sie ist. Es ist nicht immer sinnvoll, an einer Erfolgsstory herumzubasteln. Auch die Europäische Union hat eine politische Ebene und eine Verteidigungsebene, auch wenn sie nicht so klar zielgerichtet sind wie im Fall der NATO. Sie ist auch eine deutlich kontinentale Organisation, deren Grenzen letztlich mit den geographischen Grenzen Europas identisch sein sollen, obwohl es dann zweifellos schwierig sein wird, diese Grenzen genau zu bestimmen, besonders in

der Mittelmeer- und der Kaukasus-Region.

Das sind die Themen, die heute behandelt werden müssen. Auch wenn es nicht dringlich ist: Sie müssen jetzt in Angriff genommen werden, denn die Erfahrung lehrt uns, dass der Augenblick der Abrechnung ganz plötzlich kommen kann — und wenn dies geschieht, ist es normalerweise schon zu spät. In der Euphorie von 1989 sprach man viel von der Friedensdividende. In den USA wurde dies konkretisiert mit der allgemein willkommenen Äusserung, dass die Geschichte schliesslich doch angehalten wurde. Es war eine Periode, die nicht lange dauerte, und es berührte nur jene, die geblendet waren vom Licht.

Eine Spur davon ist heute noch in europäischen Sparbudgets zu finden, vor allem in jenem Grossbritanniens. Doch die Menschen in den demokratischen Ländern kommen immer mehr zur Einsicht, dass sie bewaffnet bleiben sollten, dass die Friedensdividende ungefähr so ein Mythos ist wie die Idee, die Geschichte sei an ihrem Ende angelangt. Der Erfolg der NATO war immer davon abhängig, ob deren Mitgliedstaaten genügend stark bewaffnet waren, um die in den Hauptquartieren ausgearbeiteten Strategien in die Tat umzusetzen. Heute werden sie den jetzigen Gegebenheiten angepasst.

(Übersetzung: Monika Scherrer)